

# Macht Chat-GPT wegen zu vieler Regeln einen Bogen um Europa?

Politiker in der EU werkeln an einem engen gesetzlichen Korsett für künstliche Intelligenz



Es gibt Gesprächsbedarf zu künstlicher Intelligenz und ihrer Regulierung: der Geschäftsführer von Open AI, Sam Altman (rechts), am 23. Mai zu Besuch beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris.

YOAN VALAT / AP

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Die EU scheint künstliche Intelligenz (KI) zu fürchten, als wäre sie der Leibhaftige in Person. Und diesen muss man schnell mit Regeln bändigen, bevor er zu viel Schaden anrichtet. Das ist zumindest der Eindruck, den gewisse Politiker in Brüssel derzeit entstehen lassen. Die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager schrieb vergangene Woche nach

## Open-AI-Chef klammert jetzige Risiken aus

Kommentar auf Seite 19

einem Treffen mit dem Google-Geschäftsführer Sundar Pichai auf dem Kurznachrichtendienst Twitter, das es eine freiwillige Vereinbarung über «universelle Regeln» für künstliche Intelligenz brauche. Es dürfe keine Zeit verloren werden.

Nun arbeitet die Europäische Union bereits am weltweit ersten KI-Gesetz. Doch weil bei dessen Präsentation im

Frühling 2021 Sprachmodelle wie Chat-GPT von der amerikanischen Firma Open AI noch gar nicht publik waren, fehlen darin die entsprechenden Bestimmungen. Diese Systeme können unter anderem Lieder schreiben, Fotos generieren und Stimmen imitieren.

## Zunächst ein freiwilliger Pakt

In Brüssel hat das Hektik unter den Gesetzgebern ausgelöst. Man sieht vor allem die Risiken und möchte das neue Phänomen regulieren. Deshalb haben die EU-Parlamentarier ein Kapitel zu generativer KI in die AI Act eingefügt. Demnach muss ein Anbieter salopp formuliert das gute Benehmen seines KI-Systems garantieren; sei es im Hinblick auf Menschenrechte, Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit. Dazu kommen Vorgaben zur Transparenz. Die Unternehmen sollen zum Beispiel publizieren, mit welchen Urheberrechten geschützten Daten sie ihr Modell trainiert haben.

Diese Forderungen wiederum sind auf der anderen Seite des Atlantiks nicht

ungehört geblieben. Und zumindest zwei Geschäftsführer haben korrekterweise festgestellt, dass es Gesprächsbedarf gibt. Beim Google-Mutterkonzern Alphabet ist dies besonders deshalb der Fall, weil das Unternehmen sein AI-Modell Bard jüngst zwar für ein breites Publikum geöffnet hat, nicht aber für die Bewohner in der EU und in der Schweiz.

Die wenig aufschlussreiche offizielle Begründung lautete, dass man die Anwendung «schrittweise» und «verantwortungsvoll» einführe. Spekulationen schossen ins Kraut, dass der amerikanische Konzern damit ein Zeichen gegen europäische Überregulierung setzen wolle. Dies könnte bereits bestehende Regeln wie die Datenschutzgrundverordnung betreffen oder aber die AI Act.

Vergangene Woche ist nun Pichai nach Brüssel gereist und hat dort neben Vestager auch den Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton getroffen. Nach dem Gespräch schrieb der Google-Chef, es sei wichtig, die Regulierung von KI «weltweit richtig zu machen». In Brüssel sieht man mit Sorge, wie schnell sich KI entwickelt und wie langsam der Gesetzge-

bungsprozess avanciert. Es dauert denn auch noch Jahre, bis die AI Act der EU in Kraft tritt. Deshalb wollen Vestager und Breton einen freiwilligen «AI pact» mit den relevanten Firmen vereinbaren. Dieser Pakt, dessen genauer Inhalt noch unklar ist, soll die Stossrichtung des Gesetzes vorwegnehmen. Tatsächlich haben sich die Staats- und Regierungschefs der G-7-Länder an ihrem Treffen im Mai in Hiroshima darauf verständigt, sich der KI anzunehmen. Das Ziel sei eine vertrauenswürdige KI, die im Einklang mit den gemeinsamen demokratischen Werten stehe, heisst es in den Schlussfolgerungen. Vestager schrieb auf Twitter, man werde sich des Themas auch am nächsten EU-US-Handels- und Technologierat (TTC) annehmen. Die vierte Versammlung des TTC findet am Dienstag und am Mittwoch im schwedischen Lulea statt.

## Widersprüchliche Aussagen

Zumindest am Rande dürfte dabei auch Open AI und dessen Chef, Sam Altman, ein Thema sein. Open AI hat mit der Lancierung des Sprachmodells Chat-GPT Ende 2022 quasi den Startschuss für den jüngsten Hype um KI gegeben. Altman tourt derzeit ebenfalls durch Europa und ist dabei mit widersprüchlichen Aussagen aufgefallen. Mitte Mai hatte sich Altman vor dem US-Senat dafür ausgesprochen, dass Firmen für ihre KI-Systeme haften. Altman plädiert ferner dafür, eine internationale Behörde für KI zu schaffen, analog der internationalen Atomenergie-Organisation IAEA. In London drohte er hingegen laut Medienberichten damit, dass sich Open AI aus Europa zurückziehen könnte. Seine Firma werde sich zwar bemühen, die EU-Regeln einzuhalten. Falls das aber nicht möglich sei, stelle man den Betrieb ein. Das führte zu Kritik. Altman sah sich in der Folge genötigt, seine Aussage zu relativieren. Man habe nicht vor, Europa zu verlassen, schrieb er auf Twitter.

In München versuchte er dann das Thema Regulierung möglichst grossräumig zu umschiffen, zeigte sich aber erneut wenig begeistert von der geplanten EU-Regulierung. Er wollte sich aber erst abschliessend äussern, wenn eine endgültige Fassung des Gesetzes vorliegt. Will Altman in Europa bleiben, führt kaum ein Weg an Brüssel vorbei. Einen entsprechenden Besuch hatte er ursprünglich auch angekündigt. Die EU-Kommission möchte gerade ihn dann wohl zu einer Teilnahme an dem KI-Pakt bewegen.

## SCHWARZ UND WIRZ Studentische Zensurmentalität

GERHARD SCHWARZ

Gemäss einer stillschweigenden Arbeitsteilung mit meiner Kollegin Claudia Wirz äussere ich mich kaum zu Themen wie Gender und Gleichstellung. Aus besonderem Anlass mache ich heute eine – allerdings nur scheinbare – Ausnahme. Anstoss ist die Studie «How to explain the Leaky Pipeline» der Professorinnen Margit Osterloh und Katja Rost sowie zweier Mitarbeiterinnen. Sie kommt auf der Basis einer Umfrage an der ETH und der Universität Zürich zu für viele «weiblich gelesene Studierende» provozierenden Ergebnissen. Zu diesen gehört, dass Frauen und Männer an den Universitäten im Durchschnitt hinsichtlich Karriere und Familie unterschiedliche Präferenzen haben, also das tradierte Rollenverständnis nicht so stark infrage stellen wie erwartet, und dass die Frauen an den untersuchten Universitäten nicht diskriminiert werden.

Die reisserischen Schlagzeilen in den Medien lauteten allerdings anders und überall ähnlich: «Die meisten Studentinnen wollen lieber einen erfolgreichen Mann als selbst Karriere machen.» Daran waren die Autorinnen nicht unschuldig, weil sie die Studie in einem noch unfertigen Stadium nur einer

## Aufgabe des Rektorats wäre die Verteidigung der Freiheit der Meinungsäusserung, der Forschung und der Lehre.

Zeitung zur Verfügung gestellt hatten, mit deren Hang zur Zuspitzung sie rechnen mussten. Der Shitstorm, der folgte, zielte aber nicht auf die Übertreibungen der Artikel. Er bringt zum Ausdruck, dass die Kritikerinnen die Ergebnisse nicht goutieren. Das ist legitim. Dann sollte man die Studie mit Argumenten und Fakten konfrontieren. Sie fehlen fast durchgehend.

Immerhin zaghafte Ansätze dazu gibt es in einem Aufsatz der «HistorikerInnen-Zeitschrift etü», der sonst aber vor Ideologie trieft und ein Weltbild jenseits der Heteronormativität, des Patriarchats und des Kapitalismus fordert. Zudem wird die Studie als pseudowissenschaftlich abgekanzelt und den Autorinnen Unwissenschaftlichkeit sowie – fast im gleichen Atemzug – positivistische, quantitative, nur vermeintlich objektive Wissenschaftlichkeit vorgeworfen. Noch schockierender ist eine vom Verband der Studierenden der Universität Zürich gestartete Petition, die fordert, die Universitätsleitung solle sich von dem die Debatte auslösenden Artikel und den diversen Interviews der Autorinnen distanzieren und sich inhaltlich mit der Studie auseinandersetzen. Und die Gleichstellungskommission solle von der anstehenden Wiederwahl von Rost zu deren Präsidentin absehen.

Hier kommt eine Zensurmentalität zum Ausdruck, die jede freiheitliche, offene Gesellschaft zerstören muss. Wo käme eine Universitätsleitung hin, wenn sie alle Studien und Medienauftritte von Professorinnen kommentieren und korrigieren müsste, die der Studentenschaft nicht in den Kram passen? Aufgabe des Rektorats wäre das Gegenteil, nämlich die Verteidigung der Freiheit der Meinungsäusserung, der Forschung und der Lehre.

Ausserdem ist die Forderung Ausdruck einer Radikalisierung, denn gerade Rost hat seit vielen Jahren unglaublich viel für Frauenförderung getan. Allerdings hat sie sich zugleich um die Gleichstellung aller Geschlechter bemüht. Das scheint groteskerweise nicht überall gut anzukommen.

Gerhard Schwarz ist Präsident der Progress Foundation.

# Walter Fust drängt auf den Zusammenschluss

Der Investor beherrscht die Maschinenhersteller Tornos und Starrag – nun sollen sie fusionieren

DOMINIK FELDGES

Für den Unternehmer Walter Fust war es jahrelang eine unangenehme Frage. Immer wieder wollten Investoren von ihm wissen, ob er die von ihm seit Jahrzehnten beherrschten Schweizer Werkzeugmaschinenhersteller Tornos und Starrag nicht zusammenführen könnte. «Es war mir schon fast ein wenig peinlich, dass ich darauf keine Antwort geben konnte», sagt er. Jetzt ist für den 81-Jährigen aber der Zeitpunkt gekommen, Verhandlungen über eine Fusion aufzunehmen. Wie er im Gespräch mit der NZZ erklärt, mussten erst einige «kleinere» Leichen aus dem Keller geholt werden.

## Boom in der Uhrenbranche

Beide Firmen kämpften in den vergangenen Jahren mit einer unzureichenden Profitabilität, waren gezwungen, Personal abzubauen. Auch gab es verschiedentlich Probleme im Management. So musste bei Starrag der Posten des Kon-



Walter Fust  
Investor

zernchefs mehrfach neu besetzt werden. Der gegenwärtige CEO Martin Buyle trat sein Amt erst am 1. April 2023 an.

Nun scheinen Tornos und Starrag aber auf einer Erfolgswelle zu reiten. «Wir sind überall vorne», sagt Fust, der noch immer in den Verwaltungsräten beider Unternehmen sitzt und bei Tornos knapp 49 Prozent und bei Starrag fast 54 Prozent des Kapitals hält. Der Ostschweizer, der seine Bekanntheit vor allem der von ihm aufgebauten und heute von der Coop-Gruppe kontrollierten Elektronikhandelskette Dipl. Ing. Fust verdankt, spielt auf die hohen Absätze vor allem im Bereich der Uhrenindustrie an.

Tornos und die beiden Westschweizer Marken von Starrag, Bumotec und SIP, sind traditionell wichtige Lieferanten von Maschinen für die hochpräzise Fertigung von Uhrenteilen aus Metall. Der Boom in der Schweizer Uhren- und Schmuckbranche befeuert zurzeit auch ihre Geschäfte. So haben beide Unternehmen volle Auftragsbücher. Dank der guten Auslastung ihrer Fabriken wiesen sie zudem für das vergangene Jahr beide eine ansprechende Rentabilität aus. Bei Starrag erreichte die Umsatzrendite auf Stufe Betriebsergebnis (Ebit) 5,8 Prozent. Im Fall von Tornos waren es unter Ausklammerung von Sonderposten 6,4 Prozent.

## Weiterhin prägender Einfluss

Zusammengerechnet brachten es die beiden Unternehmen 2022 auf einen Umsatz von knapp 500 Millionen Franken. In der fragmentierten Branche der Hersteller von Werkzeugmaschinen, die ausser aus der Schweiz, Deutschland, Italien, Japan und den USA zunehmend

auch aus China stammen, ist das eine respektable Grösse. «Wir sollten so verstärkt auf den Radar von Kunden und Investoren geraten», sagt Michael Hauser, der nicht nur als CEO von Tornos, sondern auch als Verwaltungsratspräsident von Starrag wirkt und als enger Vertrauter von Fust gilt.

In den Verhandlungen am vergangenen Freitag, als die Verwaltungsräte der beiden Firmen die Aufnahme von Fusionsgesprächen beschlossen, trat Hauser aus Gründen der Befangenheit ebenso wie Fust in den Ausstand. Zudem enthielt sich auch der 32-jährige Enkel des Patrons, Till Fust, als Verwaltungsratsmitglied von Tornos der Stimme.

Angesprochen darauf, ob er mit der von ihm angestossenen Fusion gewissermassen seine Nachfolge regeln wolle, sagte Walter Fust, die Kontinuität im Aktionariat spiele eine wichtige Rolle. So gesehen dürfte es ihm ein Anliegen sein, mit seiner Familie auch nach dem Vollzug des Zusammenschlusses einen prägenden Einfluss auszuüben.